beraten und beschlossen

Aktuelles aus der Landessynode

XIII. Tagung der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 25. bis 28. November 2025

Zukunftsprozess: Erste Entscheidungen getroffen

Landessynode plant Bündelung der landeskirchlichen Einrichtungen

Die Landessynode hat während ihrer 13. und letzten Tagung die Zukunftsplanungen fortgesetzt und den Schwerpunkt »Anfänge im Glauben« konkretisiert. »Das ist kein Abschlussbericht, sondern eine Momentaufnahme«, sagte der Vorsitzende des Grundsätzeausschusses, Bernd Rossi (Sprengel Hildesheim-Göttingen), bei der Einbringung des Berichtes, der gravierende Herausforderungen beschreibt: Rückgang der Mitgliederzahlen um jährlich rund drei Prozent, sinkende Teilnahme an kirchlichen Angeboten und bis 2035 Finanzkraftverluste von mindestens 30 Prozent. Kirchenkreise und Einrichtungen sollen künftig immer überprüfen, ob ihre Angebote den Schwerpunkt »Anfänge im Glauben« fördern.

Zentraler struktureller Vorschlag ist die Bündelung der landeskirchlichen Einrichtungslandschaft in drei Zentren: ein Zentrum für Seelsorge und Beratung, ein Zentrum für Gottesdienst und Kirchenmusik sowie ein neues »Kompetenzzentrum kirchlicher Berufe«. Damit sollen Synergien geschaffen und Doppelstrukturen reduziert werden. Für die Jahre 2025 bis 2035 rechnen die Zukunftsausschüsse mit schrumpfender Finanzkraft; der Bericht beschreibt ein umfassendes Instrumentarium von Personalstrategie über Gebäudebedarfsplanung bis zu Verwaltungsreformen.

In der Debatte wurde die Schwerpunktsetzung überwiegend begrüßt, der Weg dorthin aber kritisch diskutiert. Der Ausschussvorsitzende Rossi warnte, der Fokus könne »nur dann steuernde Bedeutung gewinnen, wenn daraus klar erkennbare Handlungsfelder hervorgehen«.

Der Vorsitzende des Grundsätzeausschusses, Bernd Rossi.

Der Präsident des Landeskirchenamtes, Dr. Jens Lehmann, warb für konsequente Verwaltungsreformen. Auch die Verwaltung der Rechtsträger in der Landeskirche müsse zusammengefasst werden, zudem müssten Schnittstellen zu den Kirchenämtern verbessert werden, sagte Lehmann.

Mehrere Mitglieder der Landessynode mahnten eine stärkere Beteiligung des Gremiums an. Auch aus Sicht von Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems) braucht es »einen deutlichen Hinweis auf die Einbindung der Fachausschüsse«.

Der Vorstandssprecher der Diakonie Niedersachsen, Oberlandeskirchenrat Hans-Joachim Lenke, erinnerte daran, dass die Diakonie »ein starkes Stück Kirche« sei und stärker berücksichtigt werden müsse.

Fortsetzung auf Seite 2

Zum Zukunftsprozess

Aus dem Inhalt

Kirchenmusikalische Landkarte *Seite 2*

Reform der Sprengel *Seite 5*

Kampf gegen Sexualisierte Gewalt fortsetzen *Seite 6*

Gebäudemanagement *Seite 7*

Kirche auf der Landesgartenschau *Seite 9*

Alle Berichte und mehr online:

EVANGELISCH-LUTHERISCHE LANDESKIRCHE HANNOVERS

Zukünftige Ausrichtung kirchlicher Arbeit

Andere Redebeiträge verwiesen auf Unsicherheiten in den Kirchenkreisen, inwieweit die Schwerpunktsetzung auch dort umgesetzt werden solle.

Die Mitglieder der Landessynode nahmen das Aktenstück am Ende der Debatte zustimmend zur Kenntnis, beschlossen aber einige Änderungen. Sie beauftragten den Grundsätzeausschuss, den Schwerpunkt »Anfänge im Glauben« sowie die beiden flankierenden Themen »Seele stärken« und »Sozialraumorientierung« weiter zu konkretisieren. Gleichzeitig legten sie fest, dass alle kirchlichen Planungen davon ausgehen müssten, dass bis zum Jahr 2035 circa 30 Prozent weniger Kaufkraft zur Verfügung stehe.

Die anvisierten Strukturpläne für die drei Zentren wurden von der Landessynode gebilligt; bis 2027 sollen sie umgesetzt werden. Zudem entwickelt das Landeskirchenamt Strategien für Personal und Finanzen sowie rechtliche Rahmenbedingungen zu Themen wie Dienstwohnungspflicht und Verbeamtung. Deutlich abgeschwächt wurden die Vorgaben zur künftigen Struktur des Zukunftsprozesses: Die 26. Landessynode traf hier zunächst keine abschließende Entscheidung. Sie sei nur eine Empfehlung an die Mitglieder der 27. Landessynode zentrale Fragen – wie etwa zur Rolle eines möglichen Zukunftsausschusses und zur Beteiligung der Fachausschüsse – zunächst noch einmal zu diskutieren.

Kirchenmusikalische Landkarte vorgestellt

Die Landeskirche verfügt erstmals über eine umfassende, grafisch aufbereitete Übersicht zur Kirchenmusik – und kann nun eine datenbasierte Steuerung von Planung, Förderung und regionaler Schwerpunktsetzung angehen. Das sagte Jan Meyer, Vorsitzender des Ausschusses für Kirchenmusik und Kultur der Landessynode.

Die von ihm vorgestellte »kirchenmusikalische Landkarte« gibt einen beeindruckenden Überblick: Rund 52.000 Menschen musizieren regelmäßig in mehr als 2.300 Gruppen – von Kinder- und Jugendchören über Gospel- und Posaunenchöre bis zu Kantoreien, Orchestern und Bands.

»Die kirchenmusikalische Landkarte macht unsere Arbeit erstmals transparent«, betonte Meyer. Er warb dafür, dass Kirchenmusik strategisch ein Querschnittsthema bleiben müsse, denn: »Eine singende Kirche ist eine lebendige Kirche«.

Kirchenmusik ist in vielen Sprengeln sowohl als Bildungs- als auch als Bindungsfaktor von hoher Bedeutung. So betonte Dr. Karin Köhler (Sprengel Hildesheim-Göttingen), dass die Posaunenchorarbeit im ländlichen Raum »eines der größten Bildungsangebote für junge Menschen« sei. Mit Blick auf aktuelle Herausforderungen sprach sie ein »dringendes Votum« aus, die Kirchenmusik zu erhalten. Kirchenmusik ermögliche Anschlussfähigkeit für Menschen, die sonst kaum Berührung mit Kirche hätten.

Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track unterstrich die Chancen für Kirchenmusik im Zusammenhang mit dem schulischen Ganztag. Dieser sei gesellschaftlich unverzichtbar geworden. Man sei dazu im Gespräch mit der Landesregierung.

Das Landeskirchenamt und der Landeskirchenmusikdirektor wurden gebeten, den Kirchenmusikentwicklungsplan und die kirchenmusikalische Landkarte dauerhaft fortzuschreiben und mit digitalen Systemen zu verknüpfen. Die Landessynode empfahl darüber hinaus den Kirchenkreisen, diese für eigene Entscheidungs- und Strukturprozesse zu nutzen.

QR-Code zur Landkarte

Position zu Krieg und Frieden wird neu justiert

Die aktuelle Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) war ein großes Thema im Bericht des Landesbischofs Ralf Meister. Nur rechtsförmige Gewalt könne als Mittel zur Sicherung des Friedens dienen. Das Völkerrecht und internationale Abkommen würden aber immer häufiger gebrochen. Die Anfang November in Dresden beschlossene Friedensdenkschrift vertrete deshalb das Leitbild eines »gerechten Friedens«, für den vier Dimensionen erfüllt sein müssten: der Schutz vor Gewalt, die Förderung von Freiheit, der Abbau von Ungleichheiten und ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität. Dem Schutz vor Gewalt, für den auch der Einsatz militärischer Mittel als »ultima ratio« legitim ist, werde aber eine Vorrangstellung eingeräumt.

Landesbischof Ralf Meister

2024 habe die Zahl der Kriegstoten nach Jahren des Rückgangs einen neuen Höhepunkt erreicht, mahnte Meister. Damit verbunden sei eine Zunahme von Hunger, Fluchtbewegungen, sexualisierter Gewalt, Zerstörung von Infrastruktur, Umweltschäden und Klimagefährdung. »Die weltweiten Militärausgaben steigen auf Rekordhöhe, Rüstungskontrolle ist derzeit nicht organisiert. Das alles geht uns direkt an.«

Meister nahm darüber hinaus Stellung zur nuklearen Abschreckung. Der Einsatz von Nuklearwaffen sei in jedem Fall ethisch verwerflich, ihr Besitz könne aber politisch notwendig sein, »um gegen Drohungen von Atommächten eine starke Verhandlungsposition zu sichern«.

Angesichts der Diskussion um die Wiedereinführung der Wehrpflicht warb Meister für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. »Es wäre ein Signal, dass unsere Gesellschaft einen solchen Einsatz wertschätzt, über alle Bildungs- und Herkunftsgrenzen hinweg«, so Meister. Er befürworte ein solches Gesellschaftsjahr, »wenn die Bedingungen dafür attraktiv sind und vielfältige Angebote auch ausreichend zur Verfügung stehen«. Er ergänzte, das Angebot solle nicht nur für junge Menschen, sondern »auch für andere Lebensübergangszeiten« möglich sein.

Werde die Wehrpflicht wieder eingeführt, so Meister, müsse die Evangelische Kirche zukünftig qualifizierte Beratung für das persönliche Anliegen von Wehrdienst verweigernden Personen vorhalten.

Als eines »der drängendsten Probleme unserer Zeit« bezeichnete Landesbischof Meister das Ressentiment. Er kennzeichnete dies als ein Phänomen, bei dem ein Mensch seine Kränkung mit sich selbst ausmache und gleichzeitig beginne, »seinen Zorn auf andere, eigentlich unbetroffene Personenkreise oder schließlich auf die ganze Gesellschaft zu übertragen«. Im digitalen Zeitalter habe sich das »Luftablassen in sozialen Netzwerken« verfestigt und dynamisiert. Es sei christliche Aufgabe, in die Debatten »einen anderen Ton der Hoffnung einzubringen«.

Im zweiten Teil seines Berichts würdigte der Landesbischof die Arbeit der Synodalen in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode. Die Zukunftsplanungen und vor allem auch die intensive Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt in der Landeskirche gehörten zu den zentralen Leistungen der Synodalen, die weit über die Amtszeit der Landessynode hinaus von Bedeutung sein werden.

Businessplan für Kloster Amelungsborn

Die Landesynode hat klare Vorgaben für das Kloster Amelungsborn beschlossen. Bis Mai 2027 soll geprüft werden, wie der Tagungsbetrieb in ein diakonisches Profil integriert werden kann. Der Theologische Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Dr. Ralph Charbonnier, würdigte die intensiven Bemühungen um Perspektiven für den traditionsreichen Klosterstandort, betonte jedoch zugleich, es brauche »einen betriebswirtschaftlichen Blick«.

Die inhaltliche Ausrichtung des Klosters soll künftig noch stärker auf den landeskirchlichen Schwerpunkt »Anfänge im Glauben« hin orientiert werden: Pilgerinnen und Pilgern, Tagungsgruppen sowie Einzelgästen könnten entsprechende geistliche Angebote gemacht werden. Das Landeskirchenamt soll die vorgelegte Konzeption um die Analyse eines Tagungshausberaters samt belastbarem Business-Plan ergänzen und der Landessynode in der Junitagung 2026 vorlegen.

Klimaschutz darf kein Randthema werden

Er sollte essenzieller Baustein im Zukunftsprozess sein

Klimaschutz muss auf allen Ebenen der Landeskirche hohe Priorität genießen und auch im Zukunftsprozess eine angemessene Rolle spielen. Das hat Dr. Bettina Siegmund, Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses, vor der Landessynode in ihrem Bericht gefordert.

Die Schöpfung zu bewahren ist zentrale Aufgabe der Kirchen.

Der Weg zu einer klimaneutralen Kirche gelinge nicht allein durch Gesetze und Verordnungen, die lediglich den Rahmen für das Handeln stellten. »Klimaschutz ist die Summe unzähliger kleiner und großer Einzelmaßnahmen vor Ort. Von der Müllvermeidung und Blühwiese bis hin zu Investitionen in erneuerbare Energien.« Siegmund bat alle Anwesenden darum, den Dank für viele bereits umgesetzte Maßnahmen in die lokalen Kirchengemeinden mitzunehmen.

In Arbeit präsent halten

Die große Chance, Klimaschutz an vielen Stellen einzubinden, berge zugleich die Gefahr, dass er im Alltagsgeschäft »unter die Räder kommt«. Deshalb brauche es einen Motor, der Klimaschutz in der kirchlichen Arbeit präsent halte und dafür sorge, dass der Rahmen des Klimaschutzgesetzes bestmöglich gefüllt werde.

»Wir brauchen eine enge Vernetzung zwischen dem Landeskirchenamt (LKA), der Evangelischen Agentur (EA) und dem Fachausschuss der Landessynode«, so Siegmund. Die Ausschussvorsitzende mahnte eine transparente Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit für die Zukunft an. Wenn Kirche glaubwürdig für Bewahrung der Schöpfung in gesellschaftlicher Verantwortung für kommende Generationen eintreten wolle, »dann muss der Klimaschutz ein essenzieller Baustein des Zukunftsprozesses unserer Kirche sein.«

Während bei der EA das operative Geschäft – etwa die Beratung der Gemeinden – laufe, wirke die entsprechende Personalstelle im LKA bei der politischen Willensbildung auf kirchlichen Ebenen (EKD) mit und in die Landespolitik hinein, erläuterte Siegmund. Das Themenfeld Klimaschutz erweitere sich zudem absehbar um Fragen zur Ernährung, Endlagerung und andere Themen, sagte Ralph Charbonnier, der Theologische Vizepräsident des LKA. Dies seien Themen, die nicht operativ durch die EA betreut werden könnten. Im LKA sei Klimaschutz bislang vorrangig mit Blick auf Gebäude erfolgt, so Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt. Ressourcen im Bereich Umweltschutz gebe es dort nicht.

Die Landessynode stimmte den Anträgen des Umwelt- und Bauausschusses zu, die neben der Fortführung der Thematik in der nächsten Landessynode die Schaffung einer Vollzeitstelle für eine Klimareferentin oder einen Klimareferenten im Landeskirchenamt vorsehen.

Gedenken an Jörn Surborg

Am 3. September 2025 ist der langjährige Vorsitzende des Landessynodalausschusses Jörn Surborg aus Hildesheim im Alter von 60 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben.

In einem Gottesdienst zu Beginn der Tagung gedachten die Tagungsteilnehmenden in Anwesenheit seiner Frau des Pädagogen und Journalisten, der der Landessynode für mehr als 25 Jahre angehört hatte.

Neuer Vorsitzender des Landessynodalausschusses ist Ruben Grüssing (35) aus dem Sprengel Ostfriesland-Ems. Gabriele Furche (Sprengel Stade) wird künftig als Mitglied im Landessynodalausschuss mitarbeiten.

Reform der Sprengel gestartet

Ausschuss verfolgt die Strategie »Inhalt vor Struktur«

Sechs regionale Sprengel bilden gemeinsam die Landeskirche Hannovers. Ein gemeinsamer Ausschuss aller kirchenleitenden Gremien ist seit Mai 2025 beauftragt, diese Struktur zu überprüfen und Vorschläge für eine Neustrukturierung zu machen.

Ausgangspunkt der Reformüberlegungen war die unbesetzte regionalbischöfliche Stelle im Sprengel Hannover. Die Landessynode stimmte dem Vorschlag zu, eine Neubesetzung auf fünf Jahre zu befristen, um im Anschluss Veränderungen in der Ausgestaltung des Amts der Regionalbischöfinnen und Regionalbischöfe und der Struktur der Sprengel umzusetzen.

Beteiligungstagung in Loccum geplant

Der Ausschuss verfolge laut des Vorsitzenden Daniel Aldag (Sprengel Ostfriesland-Ems) die Strategie »Inhalt vor Struktur«: Zuerst müsse die inhaltliche Ausgestaltung des regionalbischöflichen Amtes geklärt werden, danach folgten strukturelle und geografische Konsequenzen für die Leitungsebene Sprengel. Die Grundlage für alle Überlegungen bilde Artikel 51 der Kirchenverfassung, der die geistliche Leitung, Aufsicht und Ausrichtung der Kirche definiert. Bei den Überlegungen müssten neue Herausforderungen wie veränderte Kommunikationsformen berücksichtigt werden. Der Ausschuss sei bereits dabei, externe Fachleute aus den Bereichen Kirchenrecht und Praktischer Theologie hinzuziehen.

In den kommenden Monaten will der Ausschuss seine Arbeit fortsetzen und bis Mitte 2026 erste Entwürfe für Änderungen der Kirchenverfassung sowie des Bischofs- und Sprengelgesetzes vorlegen. Nach den Sommerferien ist eine Beteiligungstagung mit Vertreterinnen und Vertretern der Kirchenkreise und der kirchlichen Dienste in der Akademie Loccum vorgesehen. Der Abschlussbericht wird für die Herbsttagung der neuen Landessynode im November 2026 erwartet. Die Landessynode stimmte dem vorgesehenen Fahrplan zu.

Neue Perspektiven in der Kinder- und Jugendarbeit

Zusammenarbeit wird vernetzter und biografieorientiert

Beruflich und ehrenamtlich Tätige, die sich für Kinder und Jugendliche von 0 bis 27 Jahren engagieren, sollen sich in Zukunft enger vernetzen und biografieorientiert zusammenarbeiten. Im Oktober fand dazu die Tagung »Denkraum« statt, von der Christian Berndt (Sprengel Lüneburg, Vorsitzender des Jugendausschusses) berichtete. Leitend war die Frage: Wie kann man die Arbeit besser organisieren und strukturieren? Eingeladen waren Personen aus nahezu allen Bereichen evangelischer Kinder-, Jugend- und Familienarbeit und kirchlicher Bildungsarbeit sowie aus Leitungsgremien.

Anja Kleinschmidt (Sprengel Lüneburg) betonte in der Aussprache, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auch im Kontext der Familie gedacht werden müsse. Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track, Leiterin der Bildungsabteilung des Landeskirchenamts, sprach sich dafür aus, das Thema biografieorientierte Jugendarbeit stärker in die Vikariatsausbildung einzutragen. Dr. Johannes Keymling (Sprengel Hannover) ergänzte, dass die Perspektive auch in die Mitgliederkommunikation einbezogen werden müsse.

Die Landessynode sprach sich dafür aus, dass das Landeskirchenamt den Prozess zur weiteren Verknüpfung der Handlungsfelder fortführen und prüfen solle, ob und wie Förderprogramme für eine biografieorientierte Arbeit in den Kirchenkreisen sinnvoll etabliert werden könnten.

Kampf gegen Sexualisierte Gewalt fortsetzen

Erfahrungen werden an neue Landessynode weitergegeben

Zum vierten Mal in Folge hat sich die 26. Landessynode mit einem Schwerpunkt dem Komplex sexualisierte Gewalt gewidmet. Diesmal gab es eine Premiere: Ein Vormittag gehörte – in nicht-öffentlicher Sitzung – ausschließlich den Berichten jener Menschen, die im Bereich der verfassten Kirche sexualisierte Gewalt erlitten haben. Am Nachmittag berichteten Dr. Jens Lehmann, Präsident des Landeskirchenamtes, und Mareike Dee, Leiterin der landeskirchlichen Fachstelle Sexualisierte Gewalt, zum Stand der Dinge.

Rund ein Dutzend Personen trugen entweder persönlich oder mit eingereichten Text- bzw. Audio-Beiträge ihre Geschichten, jedoch auch ihre Vorwürfe gegenüber der Landeskirche vor.

Sitzung war nicht-öffentlich

Das Präsidium der Landessynode hatte sich nach umfänglicher Beratung mit betroffenen Personen sowie mit Fachleuten dazu entschlossen, die Öffentlichkeit für diesen Teil des Tages auszuschließen. Damit sollten auch jene Personen Ermutigung erfahren, die nicht in der Öffentlichkeit auftreten möchten. Die dabei gesammelten Erfahrungen mit diesem Format, das durchaus Kritik auch aus Kreisen betroffener Personen erfuhr, wird die 26. Landessynode ihrem nachfolgenden Gremium zur Weiterarbeit übermitteln.

Lehmann gab einen Einblick in den »Arbeitsmodus«, in dem sich die Landeskirche knapp zwei Jahre nach Vorstellung der bundesweiten ForuM-Studie zu sexualisierter Gewalt in der Evangelischen Kirche befinde. »Es geht jetzt darum, wie wir die Lehren aus dem geschehenen Unrecht, das so viel individuelles Leid verursacht hat, systematisieren, in generelle Regeln und Aufgabenlisten übersetzen und diese Lehren so für eine Verwaltung und unser kirchliches Leben handhabbar machen.«

Dr. Jens Lehmann, Präsident des Landeskirchenamtes

Dank an Gäste

Lehmann sehe das Aktenstück und das, was darin beschrieben ist »aber nicht als Kontrast, sondern als die notwendige Folge aus den bitteren Erkenntnissen, die wir aus den Aufarbeitungsstudien und den Workshops zu sexualisierter Gewalt in unserer Kirche ziehen mussten.«

Lehmann dankte den Gästen, die sich trotz schlimmster Erfahrungen hier und auf vielen anderen Wegen einbrächten und dazu beitrügen, dass sich in »unserer Kirche etwas grundlegend ändert und wir wirklich zu einem sicheren Ort werden, an dem Menschen keine sexualisierte Gewalt erleiden«.

Die Fortschreibung vorangegangener Tätigkeitsberichte des Landeskirchenamtes sortiert und priorisiert mehr als 150 Empfehlungen. Daraus hat das Landeskirchenamt neun Maßnahmenfelder identifiziert. Neben Prävention, Intervention, Aufarbeitung sowie Anerkennung und Unterstützung kommen nun Handlungsempfehlungen wie die Betroffenenorientierung und der Umgang mit Macht hinzu.

Gebäudemanagement birgt große Herausforderungen

Warnung vor schnellen Lösungen ohne echte Einsparungen

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Neubewertung des kirchlichen Gebäudebestands betonte Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems) Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses. Kirchliche Arbeit brauche auch in Zukunft »Räume zur Begegnung, spirituelle Orte und die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum.«

Gebäudemanagement sei deshalb ein wichtiger Bestandteil des Zukunftsprozesses. Angesichts sinkender Mitgliedszahlen und abnehmender Finanzkraft müsse geklärt werden, welche Immobilien künftig noch erhalten werden könnten und wie deren Finanzierung gesichert werden soll.

Vier Ziele müssten das künftige Gebäudemanagement in der Landeskirche bestimmen: ein bedarfsgerechter Gebäudebestand, Kostenreduktion, der Klima- und der Denkmalschutz. Letzterer bleibe unverzichtbar, »weil wir als Kirche ein reiches kulturelles Erbe verwalten, mit dem nicht beliebig verfahren werden kann«, so Siegmund.

Für die Zukunft blieben der Umgang mit nicht mehr benötigten Kirchen und Kapellen, die Professionalisierung der Immobilienverwaltung und die Überarbeitung der Verkaufsverfahren von kirchlichen Immobilien große Herausforderungen. Angesichts dieser komplexen Aufgaben warnte Siegmund davor, zu schnellen Lösungen zu greifen, die lediglich Kosten verschieben, ohne echte Einsparungen zu erzielen. Passgenaue Lösungen seien gefragt. Deshalb sei das Gebäudemanagement auf der Ebene der Kirchenkreise richtig verankert, benötige jedoch Unterstützung durch die Landeskirche, was den rechtlichen Rahmen betrifft.

Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses Dr. Bettina Siegmund

In den Kirchengemeinden sorge aktuell die Rechtsauslegung zur sogenannten »Dotation Pfarre« für erhebliche Probleme. Demnach müssen nun auch Mieterträge aus Gebäuden, die auf diesen Dotationsflächen stehen, vollständig an die Kirchenkreise zur Finanzierung der Pfarrstellen abgeführt werden. Dies nehme Gemeinden den wirtschaftlichen Anreiz, Gebäude zu entwickeln, umzunutzen oder instand zu halten. Eigeninitiative werde gehemmt, notwendige Maßnahmen könnten ausbleiben – mit Folgen für den baulichen Zustand.

Zudem entstehe eine Ungleichbehandlung: Ob ein Gebäude auf einer Dotationsfläche steht, sei historischer Zufall, führe aber heute zu signifikanten wirtschaftlichen Nachteilen für manche Kirchengemeinden.

»Es bedarf deshalb einer zeitnahen Klärung des Sachverhalts durch das Landeskirchenamt und gegebenenfalls eine Änderung der Rechtsnorm«, forderte Siegmund und stellte einen entsprechenden Antrag, dem die Landessynode zustimmte.

Diakonieausschuss: Den Menschen im Fokus behalten

Kindertagesstätten, Krankenhäuser und Pflege sowie Migration und Kirchenasyl – dieses Thementableau hat die Arbeit des Diakonieausschusses in den vergangenen Jahren geprägt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Norbert Wolf (Sprengel Stade), legte einen Schwerpunkt auf die evangelischen Kindertagesstätten, die zu den wichtigsten Begegnungsorten zwischen Kirche und Gesellschaft gehörten. Gleichzeitig spitze sich der Fachkräftemangel zu. Die Kirche reagiere auf diese Herausforderung mit Qualifizierung, Onboarding-Konzepten und der Öffnung von Stellen für nichtkirchliche Fachkräfte.

Der Ausschuss forderte zudem eine aktive Krankenhausbedarfsplanung, die Versorgungssicherheit, Trägervielfalt und gerechte Finanzierung garantieren müsse. Projekte wie die Konzertierte Aktion Pflege in Niedersachsen oder seelsorgliche Unterstützungsangebote sollten Entlastung schaffen. »Die Versorgung der Menschen muss im Fokus stehen«, sagte Wolf. Die kommende Landessynode solle hier weiterhin einen kritischen Blick zum Landtag und zur Landesregierung werfen und sich einmischen.

In Sachen Migration investiere die Kirche in Beratungsangebote, Unterstützung Ehrenamtlicher und Projekte für geflüchtete Frauen. Beim Kirchenasyl plädierte der Ausschuss für verantwortungsvolle Einzelfallprüfung und rechtliche Beratung.

Landessynode stärkt Social-Media-Arbeit

Theologisch verantwortete Kommunikation erreicht neue Zielgruppen

Social Media ist gekommen, um zu bleiben. Und das soll auch für die Arbeit der Influencerinnen und Influencer der Landeskirche gelten. Der Vorsitzende des Ausschusses für Theologie und Kirche Dr. Martin Krarup (Sprengel Stade) stellte fest: »Was wir dort sehen, ist eine wirksame, glaubwürdige und theologisch verantwortete Form der Kommunikation des Evangeliums.«

Social Media erreiche Milieus und Altersgruppen, die sonst nur schwer von kirchlichen Angeboten Kenntnis nehmen. So haben die Profile von Pastor Quinton Ceasar und Pastorin Ina Jäckel innerhalb eines Jahres eine Zunahme ihrer Followerzahlen auf Instagram um 100 oder 125 Prozent verzeichnet und erreichten zehntausende Menschen. Ceasar setzt sich mit gesellschaftlicher Verantwortung und Diversität auseinander, während Jäckel besonders Mütter und Familien anspreche. Weitere Influencer wie Pastor Chris Schlicht, Pastor Max Bode, das Format Anders Amen mit Ellen und Steffi Radtke sowie der Podcast Flüsterfragen der Diakoninnen Elske Gödecke und Julia Grothe komplettierten das Angebot.

Die Landessynode hatte bereits im Jahr 2024 beschlossen, die Arbeit mit einer Ausweitung der Stellenanteile bis Ende 2026 fortzusetzen. Für eine nachhaltige Wirkung sei es entscheidend, die professionellen Rahmenbedingungen durch ausreichende Personalstellen zu sichern und die Netzarbeit kontinuierlich mit den Gemeindestrukturen zu verzahnen, so Martin Krarup. Die Landessynode sprach sich dafür aus, die Arbeit auch über das Jahr 2026 hinaus dauerhaft fortzuführen und bei den Haushaltsplanungen entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.

Landessynode stärkt Ehrenamt in der Verkündigung

Die Landessynode hat die Neufassung des Lektoren- und Prädikantengesetzes sowie die Änderung des Diakoninnengesetzes beschlossen. »Ende 2024 waren fast 1.600 Menschen ehrenamtlich im Verkündigungsdienst engagiert. Diese Arbeit ist wichtig, wertvoll und für viele Gemeinden unverzichtbar«, sagte die Vorsitzende des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit, Anna Kempe (Sprengel Lüneburg). Das Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Zu den Neuerungen zählt, dass Lektorinnen und Lektoren künftig »angeeignete Lesepredigten« halten und Personen berufen werden dürfen, die aufgrund kurzer Gemeindezugehörigkeit oder beruflicher Tätigkeit nicht in den Kirchenvorstand wählbar wären. Zudem behalten Diakoninnen und Diakone künftig auch im Ruhestand ihre Rechte aus dem Amt der öffentlichen Verkündigung.

Kempe hob hervor, dass Prädikantinnen und Prädikanten auch allgemeine Beauftragungen für Amtshandlungen wie Beerdigungen erhalten könnten, wenn sie entsprechende Qualifizierungskurse belegt hätten.

»Ich glaub dran«

Landeskirche engagiert sich auf der Landesgartenschau 2026

Eine »Kirche im Grünen« – samt Fledermaus-Bunker, kreisförmiger Flächen für mehr Gemeinschaft und einem Kirchenzelt mit 30 Bänken. Das und viel mehr erwartet die Gäste beim kirchlichen Auftritt auf der Landesgartenschau (LaGa), die vom 29. April bis 18. Oktober 2026 in Bad Nenndorf unter dem Motto »Hier blüht Vielfalt« stattfindet.

Geleitet wird das kirchliche Projekt von Pastorin Anja Sievers (Bad Nenndorf), die gemeinsam mit einem Team aus ehrenamtlich und beruflich Tätigen seit Monaten an dem Konzept arbeitet. Eröffnet wird die Landesgartenschau mit einem ökumenischen Gottesdienst unter Beteiligung von Landesbischof Ralf Meister. »Für Mai und September sind große Tauffeste geplant, zudem können individuell Trauungen vereinbart werden«, so Sievers.

Auch sonst biete das Kirchenzelt ein vielfältiges Programm: Sonntagsgottesdienste, tägliche Stundengebete sowie wöchentliche Gesprächs- und Informationsangebote zu Seelsorge und Friedensarbeit. Workshops und Konzerte – etwa mit Judy Bailey oder Fritz Baltruweit – und Familienangebote an Samstagen runden das Programm ab. Ehrenamtliche, die bei dem Projekt mitarbeiten, erhalten freien Eintritt und können sich im Onlineshop im Wert von 70 Euro gratis mit Team-Pullovern, T-Shirts und Fleecejacken eindecken.

Pastorin Anja Sievers

Dass Kirche auf einem sehr zentralen Teil des Geländes präsent ist, freut Anja Sievers ganz besonders. »Die Landesgartenschau hat schon jetzt einen bundesweiten Rekord im Ticket-Vorverkauf aufgestellt. Nun wollen wir unbedingt dafür sorgen, dass alle Generationen sich dort wiederfinden – auch und gerade junge Menschen und Familien.«

Kirche könne gerade bei solchen Großereignissen die Menschen erreichen. »Mein Anspruch ist es, diesen Ort und das Programm so ansprechend zu gestalten, dass die Menschen ihrer Nachbarin erzählen, wie toll es bei Kirche ist und abends auf dem Sofa nach dem nächsten Gottesdienst suchen«, sagte Sievers.

Nachwuchs für kirchliche Berufe gewinnen

Freiwilligendienste nutzen und Werkstudierende einstellen

Michael Grimmsmann (Referent im Landeskirchenamt) informierte über den Prüfauftrag zur Nachwuchsförderung. Geprüft werden sollte, ob ein System aus sechsmonatigen, bezahlten Praktika sowie ein Stipendium für künftige Theologie- oder Fachhochschulstudierende attraktiv wäre. Grimmsmann führte Gespräche mit Studierenden der Theologie, Religionspädagogik und Kirchenmusik aus Göttingen, Heidelberg und Hannover.

Ein Vollstipendium würde die Zahl der Studierenden kaum erhöhen, so das Ergebnis der Recherchen. Stattdessen sprachen sich die Studierenden für eine Förderung von maximal 300 Euro im Monat im letzten Studienabschnitt aus – unterhalb der BAföG-Anrechnungsgrenze.

Ein eigenes System für bezahlte Praktika von sechs Monaten sei aufgrund gesetzlicher Mindestlohnregelungen nicht realisierbar. Stattdessen empfahl Grimmsmann, das Modell der Freiwilligendienste beizubehalten. Dieses biete bereits eine verlässliche rechtliche Grundlage, sichere Kindergeldansprüche, intensive pädagogische Begleitung und fördere die Vernetzung zwischen Studierenden, Freiwilligen, Jugendlichen und kirchlichen Einrichtungen – das sei eine entscheidende Basis für die Nachwuchsgewinnung.

Das Landeskirchenamt wurde durch die Landessynode beauftragt, ein rechts- und finanzierungsfestes Konzept zur Beschäftigung von Werkstudierenden in allen Ebenen der Landeskirche zu erarbeiten, um junge Menschen für kirchliche Arbeitsfelder zu gewinnen.

Kirche verschickt gendersensible Arbeitshilfe

Theodor Adam (Beauftragter für queersensible Seelsorge und Beratung) und Cornelia Dassler (Leiterin der Stabsstelle Gleichberechtigung) haben eine neue »Arbeitshilfe für eine gendersensible und queerfreundliche Praxis« vorgestellt. Die Publikation mit Anregungen für die kirchliche Arbeit solle im Januar an alle Gemeinden, Kirchenkreise und Einrichtungen verschickt werden.

Viele Mitarbeitende in Pfarrämtern, Kirchenvorständen sowie auf Kirchenkreisebene hätten wenig Erfahrung im Umgang mit queeren Menschen, erläuterte Dassler.

Vorschläge für Gottesdienste und Jugendarbeit

Die fast 200 Seiten starke Arbeitshilfe enthält Beiträge und Erläuterungen zu inklusiver Sprache sowie Hinweise für die Seelsorge und Kommunikation mit Personen, deren geschlechtliche Identität nicht der heterosexuellen Norm entspricht. Aufgenommen wurden darin außerdem Vorschläge für die Gottesdienstgestaltung und die Jugendarbeit sowie Erläuterungen zu den biblischen und theologischen Hintergründen.

Präsident Dr. Matthias Kannengießer verabschiedet

Die letzte Tagung der 26. Landessynode war auch die letzte Tagung, die Dr. Matthias Kannengießer (Sprengel Hannover) als ihr Präsident geleitet hat. Nach zwei Amtszeiten hatte der 57-jährige Jurist nicht wieder für das Kirchenparlament kandidiert. »Planvoll, vorausschauend, charmant, verbindlich, mit einem klaren Blick für komplexe Prozesse und weit verzweigte Verwaltungsabläufe«, so charakterisierte Landesbischof Ralf Meister in seinen Dankesworten den scheidenden Präsidenten. Kannengießer hätte auch in der Zeit der Pandemie dafür gesorgt, dass die Landessynode handlungsfähig blieb. Und als Vorsitzender des Verfassungsausschusses habe er die neue Kirchenverfassung, die am 1. Januar 2020 in Kraft getreten ist, maßgeblich mitgeprägt. Aus den Händen von Vizepräsidentin Doris Feuerhake (Sprengel Hildesheim-Göttingen) erhielt Kannengießer das Silberne Facettenkreuz für seine Verdienste in den letzten zwölf Jahren.

Präsident der Landessynode, Dr. Matthias Kannengießer

Gleichstellung als Baustein des Kulturwandels

Ein »kantiger Tisch« und mehr Frauen in Führung

Eine Kirche, die allen Menschen offensteht: Dieses Ideal hat die Leiterin der Stabsstelle Gleichberechtigung, Cornelia Dassler, in ihrem Bericht gezeichnet. Sie lobte die Beschlüsse der Landessynode zur Geschlechtervielfalt als »deutliches Zeichen« auf dem Weg zu einer offenen Kirche. »Gleichbehandlung, Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit sind zentrale Bestandteile des kirchlichen Kulturwandels, der auf eine machtsensible Kirche zielt.«

In ihrem Bericht ging die Theologin auf den Gleichstellungsatlas 2025 der EKD ein. Es habe sich vieles verbessert, aber nicht alle Entwicklungen seien stabil. So sei etwa der Anteil von Frauen in der mittleren Leitungsebene nach einem Zwischenhoch von 47 Prozent wieder auf 29 Prozent gesunken.

Auch Teilzeit sei ein Thema bei Leitungsverantwortung und eng mit dem Thema Kulturwandel verbunden. »Es ist gut, dass sichtbar wird, wie wichtig diese Möglichkeit ist«, sagte sie. Teilzeitarbeit dürfe jedoch nicht zu strukturell erwarteter Mehrarbeit führen.

Dassler wies auf die strategische Möglichkeit hin, für die Behebung von geschlechterspezifischen Ungleichheiten Mentoring-Programme auszuweiten. Bisher existiere nur ein Programm des Konvents evangelischer Theologinnen. Etwas Vergleichbares müsse auch für Ehrenamtliche und die Kirchenmusik entwickelt werden.

Seit 1. Januar 2025 sei die Stabsstelle zugleich auch Beschwerdestelle der Landeskirche für Verstöße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Um Expertise zu bündeln, werde ab Februar 2026 ein »kantiger Tisch« eingerichtet, an dem sich Fachpersonen zu Diskriminierungsmerkmalen vernetzen sollen. Es sei eine Studie zum Thema Teilzeit und Überrepräsentanz von Frauen geplant.

Im Anschluss an den Bericht der Gleichstelllungsbeauftragten beschlossen die Mitglieder der Landessynode das neue Gleichberechtigungsgesetz, das sie bereits während der vorigen Tagung diskutiert hatten. Das Gesetz soll die Geschlechtergerechtigkeit in allen Arbeits- und Amtsbereichen

Leiterin der Stabsstelle Gleichberechtigung, Cornelia Dassler

fördern, Diskriminierung verhindern und die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Care-Arbeit verbessern.

Mehr zum Gesetz

»Veränderung bedeutet nicht Beliebigkeit.«

Landessynodalbericht: Kirche muss beweglicher werden.

Bei der Einbringung des Berichtes des Landessynodalausschusses (LSA) hat der neue Vorsitzende Ruben Grüssing (Sprengel Ostfriesland-Ems) einen Schwerpunkt auf den aktuellen Prüfungsbericht des Oberrechnungsamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gelegt. »Wir stehen an einem Punkt, an dem unsere interne Finanz- und Verwaltungsstruktur dringend stabilisiert werden muss«, so Grüssing. Der Bericht sei ein »Weckruf«, weil er Mängel und eine Kette von Belastungen offenbare. »Der Jahresabschluss 2023 wurde bisher nicht ordnungsgemäß festgestellt, weil nachträgliche Buchungen nötig waren und wichtige Unterlagen fehlten.«

Die Verwaltungsarbeit müsse zentralisiert werden, um Fehlerquellen zu reduzieren, so Grüssing. Die Personalplanung stehe insgesamt auf einem festen Fundament. Dies sei »Ausdruck unseres Respekts für die Menschen, die für unsere Kirche arbeiten.« Kirche müsse insgesamt beweglicher werden. »Mutiger, schneller im Anpassen an die Welt um uns herum, ohne dabei ihre Mitte zu verlieren. Veränderung bedeutet aber nicht Beliebigkeit. Veränderung ist Treue in neuer Form.«

Oberlandeskirchenrat Fabian Spier, Leiter der Finanzabteilung, betonte, dass die noch ausstehenden Nachweise für den Jahresabschluss 2023 inzwischen nahezu vollständig vorliegen würden. Im Jahr 2026 werde das Thema Umsatzsteuer wieder in den Fokus rücken. Geplant sind Schulungen für alle Mitarbeitenden.

Pensionen, Renten und Beihilfen sind solide finanziert

Die finanzielle Lage der kirchlichen Versorgungswerke bleibt angespannt, aber stabil, sagte der Leiter der Finanzabteilung im Landeskirchenamt, Oberlandeskirchenrat Fabian Spier, vor der Landessynode. Aktuell seien bereits weit mehr Personen im Ruhestand als im aktiven Berufsleben stehen würden. Da weiterhin mehr Menschen in den Ruhestand gingen als neue Mitarbeitende nachrückten, »geht die Schere also weiter auf.«

Abteilungsleiter für Finanzen im Landeskirchenamt, Fabian Spier

Für Personen, die heute im Pfarrdienst beginnen, müssten voraussichtlich Pensionszahlungen bis in 80 Jahren gezahlt werden können, so Spier. Das sei eine große Verantwortung und bedürfe einer stetigen Steuerung, um diese Leistungen dauerhaft erfüllen zu können.

Zu 100 Prozent abgesichert

Die Versorgung gelte jedoch als solide abgesichert. Die Beiträge finanzieren den Angaben zufolge laufende Pensionen, überschüssige Mittel würden angelegt. »Mit den bei der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse eingezahlten Beiträgen sind rund zwei Drittel der Versorgungslasten abgedeckt«, erklärte Spier. Das verbleibende Drittel sicherten die Kirchen über eigene Rückstellungen. Spier betonte: »Die Versorgungslasten sind – Stand heute – zu 100 Prozent abgesichert.«

Herausfordernder entwickele sich die Finanzierung der Beihilfe. Ein aktuelles Gutachten zeige deutlich steigende Kosten – durch höhere Lebenserwartung und Gesundheitskosten sowie geänderte Berechnungszinsen. Die Rückstellungen müssten Spier zufolge weiter wachsen. Er begrüßte daher den Beschluss der Landessynode, das System der Beihilfe künftig zu ändern, um Risiken für die Zukunft abzubauen. Kapitalanlagen würden »dauerhaft die Rentenzahlungen erfüllen.« Spier kündigte regelmäßige Gutachten zur Finanzierung der Beihilfe und eine Überprüfung der Anlagestrategie an.

Kein Platz für Gewalt: Beteiligung am Orange Day

Der »Orange Day« macht jedes Jahr am 25. November auf Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam. Seit dem Jahr 1991 gibt es die Aktion der Vereinten Nationen. Auch Teilnehmende der Tagung der Landessynode trugen aus Solidarität orangefarbene Kleidungsstücke und machten Fotos auf einer orangenen Bank, die künftig im Landeskirchenamt (Rote Reihe) stehen wird.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 26. Landessynode der Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle, Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Evangelische Medienarbeit (EMA) mit Material der Öffentlichkeitsbeauftragten der Sprengel und des epd.
Layout: Maike Niebergall
Erstellt mit layout-e
Fotos: Jens Schulze
Druck: Umweltdruckhaus, Hannover
Gedruckt auf 100% Umweltschutzpapier

Druckprodukt mit finanziellem Klimabeitrag
ClimatePartner.com/53326-2504-1015